



André Kuper

Bürgermeister a.D.

Mitglied des Landtags Nordrhein-Westfalen

Kommunalpolitischer Sprecher der CDU Landtagsfraktion

Landtag NRW André Kuper MdL • Postfach 10 11 43 • 40002 Düsseldorf

An den
Vorsitzenden
des Ausschusses für Kommunalpolitik
Herrn Christian Dahm, MdL

im Hause

Platz des Landtags 1
D-40221 Düsseldorf

Telefon: (0211) 884-2124

Fax: (0211) 884-3386

E-Mail: andre.kuper@landtag.nrw.de

Düsseldorf, 23.05.2014

Beantragung eines Berichts der Landesregierung

Haushaltssanierungspläne im Stärkungspakt - Genehmigte Fristverlängerungen

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

für die kommende Sitzung des Kommunalausschusses am 27. Juni 2014 bitte ich um einen schriftlichen Bericht der Landesregierung zum aktuellen Stand der Genehmigung der Fortschreibung der Haushaltssanierungspläne der Stärkungspaktkommunen durch die Bezirksregierungen.

Gemäß § 6 Absatz 3 sind die Haushaltssanierungspläne der 61 Stärkungspaktkommunen jährlich fortzuschreiben und der Bezirksregierung zum 1. Dezember zur Genehmigung vorzulegen. Die Pläne müssen nach den gesetzlichen Vorschriften den Haushaltsausgleich für das Jahr 2016 für pflichtig teilnehmende und für das Jahr 2018 für freiwillig teilnehmende Kommunen vorsehen.

Einige Stärkungspaktkommunen, die negativ von der Neuberechnung der Konsolidierungshilfe betroffen waren, konnten den Haushaltsausgleich 2016/2018 nicht mehr darstellen. Für diese Kommunen wurde eine Verlängerung des Zeitraums geprüft, mit der Folge, dass das Land ein Jahr länger die volle Konsolidierungshilfe zahlt.

In der Ausschusssitzung am 14. März 2014 erklärte der Vertreter des Innenministeriums, dass für die Stadt Wuppertal die Verlängerungsgenehmigung erteilt worden sei und der ursprünglich für 2016 geplante Haushaltsausgleich um ein Jahr hinauszuschieben sei und nunmehr erst in 2017 darzustellen ist. Die Landeshilfe, die nach Erreichen des erstmaligen Haushaltsausgleichs schrittweise abgebaut wird, vermindert sich so erst ab 2018 – ebenfalls erst ein Jahr später. Das Ziel, den Ausgleich ohne Landeshilfen im Jahr 2021 zu erreichen, bleibe jedoch weiterhin bestehen. Zudem wurde berichtet, dass die Prüfung der Verlängerung des Ausgleichszeitraums der Stadt Oberhausen geprüft werde. In Witten sei das Verfahren zum HSP noch nicht abgeschlossen. Auch in Herne habe der Rat der Stadt den HSP noch nicht beschlossen.

Die WAZ berichtete in ihrer Ausgabe vom 23.05.2014, dass auch die Stadt Essen ein Jahr mehr Zeit für den Haushaltsausgleich bekomme. Dadurch würde für den Ausgleich das Jahr 2017 angestrebt. Nicht 2016 wie ursprünglich angestrebt muss es soweit sein, sondern 2017. Die Bezirksregierung gestehe der Stadt die Verlängerung zu, weil Essen aus dem Stärkungspakt des Landes rund 18 Millionen Euro weniger erhalte - nicht 108 Millionen, sondern 90 Millionen.

Daher bitten wir die Landesregierung um einen aktuellen Bericht zur Genehmigung der fortgeschriebenen Haushaltssanierungspläne und zum aktuellen Stand möglicher beantragter oder genehmigter Verlängerungen der Ausgleichszeiträume und insbesondere zum aktuellen Stand der HSP der Städte Herne und Witten.

Mit freundlichen Grüßen

André Kuper MdL